

Leitantrag des 27. Diözesantags der KAB Diözesanverband Fulda - 2012



**Nachhaltig wirken –
für eine solidarische Gesellschaft**

Beschluss des 27. Diözesantags der
KAB Diözesanverband Fulda vom
5. Mai 2012

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66

Nachhaltig wirken – für eine solidarische Gesellschaft

Leitantrag der KAB Diözesanverband Fulda

Die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) im Bistum Fulda beobachtet mit großer Sorge, dass sich seit längerer Zeit eine Spaltung unserer Gesellschaft vollzieht.

Die Grundlagen der Katholischen Soziallehre für eine solidarische und gerechte Gesellschaft - Solidarität, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit -, werden immer weniger beachtet. Sie sind für uns die befreiende Botschaft eines angewandten Evangeliums.

Kennzeichen der gespaltenen Gesellschaft

Die gegenwärtige Gesellschaft ist besonders gekennzeichnet durch die Auflösung des erfolgreichen Modells einer sozialen Marktwirtschaft, das auf Konsens, sozialen Ausgleich und Teilhabe beruht.

Einige Schlaglichter sollen diese Bestandsaufnahme untermauern:

- Es gibt immer mehr prekäre, geringfügige, befristete Beschäftigungsverhältnisse, Leiharbeit, Zeitarbeit, schlecht bezahlte Arbeit – immer mehr Menschen brauchen trotz vollschichtiger Erwerbstätigkeit zur Bestreitung der lebensnotwendigen Kosten, zusätzlich zu ihrem Lohn oder Gehalt, ergänzende staatliche Mittel.
- Trotz gegenwärtig günstiger Konjunkturdaten suchen noch immer Jugendliche vergeblich einen Ausbildungsplatz und bleiben ohne Ausbildung. Dazu trägt auch bei, dass immer weniger Ausbildungsstellen für bildungsbenachteiligte Jugendliche vorhanden sind. Diese Tatsache wird nur dadurch verdeckt, dass Jugendliche aus der Bewerberstatistik heraus genommen werden, sobald sie an berufsvorbereitenden Maßnahmen teilnehmen.
- Immer weniger Kinder aus Arbeiterhaushalten studieren.
- Die Angst vor Altersarmut wächst.
- Die Einkommensschere entwickelt sich in Deutschland schneller auseinander als in anderen europäischen Staaten. Mehrere Millionen Menschen aus der Mittelschicht mussten seit dem Jahr 2000 den Abstieg in die armutsgefährdeten und armen Schichten hinnehmen. Selbst die Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs hat diesen Trend nicht umkehren können.
Das Gerechtigkeitsempfinden vieler Menschen wird verletzt. Während die Superreichen enorme Einkommenszuwächse verzeichnen, gleichen die Lohnzuwächse bei weitem den Kaufkraftverlust bei den Lohnempfängern nicht aus. Die Schlangen vor den Läden der „Tafeln“, den Suppenküchen unserer Zeit, zeigen wie in einem Brennglas die prekäre Situation besonders von kinderreichen Familien und Menschen, die in der Leistungsgesellschaft nicht mithalten können. Besonders betroffen sind auch Alleinerziehende.
- In der gesetzlichen Krankenversicherung wird das bewährte paritätische Finanzierungssystem aufgegeben und die Kosten von bisher gewährten Versicherungsleistungen werden den Versicherten übertragen. Die Folge ist eine ständig sich verschlechternde Gesundheitsvorsorge bei unteren Einkommens-beziehern mit langfristig fatalen Risiken.
- Die Folgen einer weltweit unseriösen Finanzpolitik von Spekulanten und Finanz-jongleuren tragen die Steuerzahler und Sparer.
- Auch für die Zerstörung ökologischer Lebensgrundlagen bei uns und in den Entwicklungsländern sehen wir die ungerechte, unsolidarische und Ressourcen vernichtende Wirtschaftsweise der reichen Länder an, die sich in vielen Ländern mit den eigennützigen Interessen von Despoten und ungerechten politischen Regimen paart.
- Durch den Raubbau an der Schöpfung aus egoistischen Gründen wird die massive Klimaerwärmung mit den bekannten Folgen für Menschen, Tierwelt und Natur, dem Artensterben und der Vernichtung von Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen, ausgelöst. Kriege und Flucht sind unmittelbar Folge der ökologischen und sozialen Katastrophen.
- Wir haben schon heute verbraucht, was nachfolgenden Generationen zum Leben dienen muss.

67 **Sozialethische Bewertung**

68 Zunächst ist festzuhalten:

69 Sozialstaatliches Handeln heißt, für Beteiligungs- und
70 Entfaltungsmöglichkeiten am öffentlichen Leben Sorge zu tragen und die angemessene Teilhabe
71 am wirtschaftlichen und kulturellen Wohlstand zu sichern. Das Sozialstaatsgebot des
72 Grundgesetzes gilt – es ist nicht abgeschafft!

73
74 Die KAB Diözesanverband Fulda stellt fest:

75 Es gibt Kräfte, die den bisherigen gesellschaftlichen Konsens in Frage stellen. Ihr Denkmodell,
76 das sie in die politische Debatte einbringen und teilweise auch durchsetzen, trägt folgende Züge:

- 77
78 • Der Sozialstaat wird zum Fürsorgestaat degradiert, die Empfänger von Sozialleistungen zu
79 Bittstellern und Kostentreibern.
- 80
81 • Statt Teilhabe und Ausgleich erfolgt eine Auslese der „Starken“ und der
82 „Schwachen“ über eine Orientierung des Wettbewerbs am kurzfristigen Erfolg.
- 83
84 • Die gesellschaftliche Spaltung in „oben“ und „unten“ wird zu einem angeblich
85 regulären gesellschaftlichen Zustand umgedeutet.

86 87 **Unsere Mitverantwortung**

88 Aus der christlichen Mitverantwortung für die gesellschaftlichen Verhältnisse heraus spricht sich
89 die KAB entschieden gegen diese Spaltung aus.

- 90
91 • Sie misst die sozialen Entwicklungen an der Frage, wie sie Einfluss auf die
92 Situation der Schwächeren in der Gesellschaft nehmen.
- 93
94 • Sie misst Handlungen und Entscheidungen daran, inwiefern sie im Sinne von Solidarität und
95 Subsidiarität Armen nützt und diese zu eigenverantwortlichem Handeln befähigt.
- 96
97 • Wir lassen uns dabei leiten von der biblischen „Option für die Armen“, die auf die
98 Überwindung von Ausgrenzungen und die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben
99 abzielt.

100 101 **Politische Forderungen**

102 Auf Basis der skizzierten Bestandsaufnahme und sozialethischen Bewertung fordert
103 die KAB:

- 104
105 • eine Rückkehr zur grundgesetzlich normierten Sozialpflichtigkeit des Eigentums und der
106 Solidarität des Stärkeren mit dem Schwächeren;
- 107
108 • eine gerechte Verteilung von Gütern, Einkommen und Erwerbsarbeit, so wie Arbeitsbelastung
109 und von ausreichend Zeit und Raum für Familienarbeit und das Ehrenamt;
- 110
111 • eine Entlohnung der Arbeit, mit der Menschen sich und ihre Familien ernähren können, ohne
112 zusätzlich staatliche Unterstützung in Anspruch nehmen zu müssen;
- 113
114 • eine armutsfeste Grundsicherung, eine von allen Einkommensbeziehern finanzierte
115 Sockelrente als Ergänzung der heutigen Altersversorgung;
- 116
117 • Erhalt und Ausbau der öffentlich geförderten Erwerbsarbeit und Qualifizierung für
118 am Arbeitsmarkt benachteiligte Personengruppen;
- 119
120 • Weiterentwicklung des Bildungs- und Schulsystems zu einem durchlässigen und
121 zugänglichen System, das Chancengerechtigkeit ermöglicht; insbesondere die
122 Erstausbildung muss gebührenfrei bleiben bzw. werden;
- 123
124 • mehr Investitionen in den Sozialstaat und in öffentliche Einrichtungen wie Kinder-
125 Tagesstätten, Schulen, Hochschulen, Pflegeheime und Maßnahmen der häuslichen Pflege;
- 126
127 • Rahmenbedingungen, die Rücksicht auf die natürlichen Ressourcen nehmen und diese auch
128 für nachfolgende Generationen verfügbar halten. Das beinhaltet auch schonende
129 Produktionsverfahren in Industrie und Wirtschaft und den Vorrang der Befriedigung der
130 Grundbedürfnisse aller Menschen vor Profit- und Gewinnmaximierung;
- 131
132 • Eine internationale Entwicklungspolitik, bei der nicht der wirtschaftliche Nutzen der
133 Industrieländer im Vordergrund steht, sondern eine nachhaltige Entwicklung aller Völker in
134 Achtung vor ihrer Kultur und Eigenart.

136 Als Gliederung der KAB Deutschlands und Teil der europäischen und weltweiten Bewegung
137 christlicher Arbeitnehmerorganisationen richten wir unser Handeln vor allem auf die Lösung der
138 Probleme der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
139 Wir wollen Anwalt dieser Menschen sein.

140
141 **Deswegen setzen wir uns ein:**

- 142 • für eine Begrenzung des Niedriglohnsektors und aller Formen der Leiharbeit auf ein Maß,
143 das den sozialen Zweck erreicht, aber Menschen nicht ausbeutet;
- 144
145 • für die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes:
- 146
147 • für den Erhalt der sozialen Standards in der Arbeitswelt und im Arbeits- und Sozialrecht;
- 148
149 • für familiengerechte und sozial verträgliche Arbeitszeiten, sozialverträgliche
150 Ladenschlusszeiten, den Erhalt des arbeitsfreien Wochenendes, so wie die Einhaltung des
151 verfassungsmäßigen Schutzes von Sonn- u. Feiertagen durch die Eindämmung der
152 Genehmigung von Verkaufsveranstaltungen;
- 153
154 • für eine Revision der Bedarfsgewerbeverordnungen und die Reduzierung der
155 Produktionsgenehmigungen an Sonn- u. Feiertagen auf das unbedingt notwendige Maß und
156 nur im öffentlichen Interesse;
- 157
158 • für die Einführung einer weltweiten Finanztransaktionssteuer, die Spekulanten und
159 Finanzjongleuren Grenzen setzt und auch zur Finanzierung der eintretenden materiellen
160 Schäden heran gezogen wird:
- 161
162 • für eine gerechte Beteiligung der Arbeitnehmer am gemeinsam erwirtschafteten Ergebnis der
163 Unternehmen, durch Einführung von Formen des Beteiligungslohns und Vermögensbildung in
164 Arbeitnehmerhand;
- 165
166 • für die finanzielle Absicherung einer sach- und fachgerechten Pflege, die auf die Würde und
167 besonderen Bedürfnisse der älter gewordenen Menschen eingehen kann, als Zweig der
168 Sozialversicherung und sozialen Daseinsvorsorge.

169
170 **Die Forderungen an uns selbst**

171 Wir sind uns bewusst, dass wir unser eigenes Verhalten überprüfen müssen und einen ganz
172 persönlichen Beitrag für ein würdiges Leben aller Menschen zu leisten haben.

173
174 An den von uns formulierten Leitlinien und Perspektiven werden wir unsere Bildungs- und
175 Aktionsarbeit im KAB-Diözesanverband thematisch orientieren.

176 Sie werden auch Grundlage unserer zielgerichteten Kampagnen in all unseren
177 Verbandsgliederungen sein.

178 Wir werden mit Organisationen, die gleiche Ziele verfolgen, zusammen arbeiten und deren
179 Aktionen nach Kräften unterstützen. Dies gilt in besonderer Weise auch für unsere konkrete
180 Partnerschaftsarbeit mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Uganda und Guatemala.

181
182 Die Soziallehre der Kirche räumt der Arbeit einen unbedingten Vorrang vor dem Kapital ein.
183 Kapital hat dienenden Charakter und ist Ergebnis der Arbeit.

184 In diesem Sinne folgen wir im Diözesanverband weiter der Vision von einer
185 Tätigkeitsgesellschaft, in der alle Formen der Arbeit – auch die Familienarbeit und die
186 ehrenamtlich geleistete Arbeit - gleichwertig und gleichberechtigt sind.

Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) Diözesanverband Fulda e.V.

Nikolaus-Groß-Haus – Agnes-Huenninger-Str. 1 – 36041 Fulda

Telefon: 0661-73433 – Fax: 0661-79349 – E-Mail: info@kab-fulda.de – www.kab-fulda.de